
Vorsitz: Tadschikistan**917. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 5. Juni 2019

Beginn: 10.05 Uhr

Unterbrechung: 12.50 Uhr

Wiederaufnahme: 15.05 Uhr

Schluss: 16.30 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter I. Kalandar

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG ZUR RESOLUTION 1325
DES SICHERHEITSRATS DER VEREINTEN
NATIONEN: „AUFTAKT ZUM 20-JÄHRIGEN
JUBILÄUM – SCHLIESSEN WIR DIE IMPLEMEN-
TIERUNGSLÜCKE“

– *Vortrag von Vizeadmiral M. Mellett DSM, Generalstabschef der irischen Streitkräfte*

– *Vortrag von Oberstleutnant T. Strebel, United States Marine Corps, Policy Officer, Marineamt der Vereinigten Staaten von Amerika*

– *Vortrag von P. Kannisto, Geschäftsführende Direktorin der Hauptabteilung Politik und Programme und Leiterin der Gruppe Frieden und Sicherheit, Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Stärkung der Frauen (UN Women)*

Vorsitz, Vizeadmiral M. Mellett DSM, Oberstleutnant T. Strebel, P. Kannisto, Rumänien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und der Türkei; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra,

Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/125/19), Irland, Slowenien (Anhang 1), Slowakei, Schweden, Kanada (Anhang 2), Kirgisistan, Finnland (FSC.DEL/122/19 OSCE+), Kasachstan, Aserbaidshan, Türkei, Italien (Anhang 3), Armenien, Island (Anhang 4), Schweiz (FSC.DEL/114/19 OSCE+), Frankreich (FSC.DEL/113/19 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Russische Föderation (Anhang 5), Heiliger Stuhl, FSK-Koordinatorin für Angelegenheiten betreffend UNSCR 1325 (Italien), Tschechische Republik, T. Jiteneva (Vertreterin von UN Women)

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine, Rumänien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/124/19), Russische Föderation, Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Besuch einer Gruppe von Vertretern der OSZE-Teilnehmerstaaten im Gebiet der Operation der Vereinigten Kräfte in der ukrainischen Region Donbass vom 23. bis 25. Mai 2019:* Ukraine, Russische Föderation
- (b) *Unterrichtung über das Treffen des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) am 28. Mai 2019:* Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu SALW und SCA (Lettland) (Anhang 6)
- (c) *Food-for-Thought-Paper zu Beiträgen des Forums für Sicherheitskooperation zur Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2019 vom 25. bis 27. Juni 2019 in Wien (FSC.DEL/112/19 Restr.):* Koordinatorin des FSK-Vorsitzes für die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2019 (Griechenland)
- (d) *Achte jährliche Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit am 12. Juni 2019 in Wien (FSC.GAL/52/19/Rev.1 OSCE+):* FSK-Koordinatorin für den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (Rumänien)
- (e) *Unterrichtung über die Militärübung „Dragon-19“ vom 15. bis 19. Juni 2019:* Polen
- (f) *Unterrichtung über die Militärübung „Iron Wolf 2019“ vom 8. bis 22. Juni 2019:* Litauen

(g) *Protokollarische Angelegenheiten: Vereinigte Staaten von Amerika*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 19. Juni 2019, um 10.00 Uhr im Neuen Saal

917. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 923, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SLOWENIENS**

Herr Vorsitzender,

zunächst möchte ich Ihnen persönlich und dem Team des tadschikischen FSK-Vorsitzes für die Abhaltung dieses Sicherheitsdialogs meine Anerkennung zollen. Indem Sie die Bedeutung der Integration von Frauen in den Verteidigungs- und Sicherheitssektor der OSZE-Teilnehmerstaaten unterstreichen, setzen Sie die bewährte Praxis früherer Vorsitze, darunter des slowenischen, fort, die das Thema der Stärkung der Frauen prioritär behandelten. Die Kontinuität dieser Bemühungen ist wichtig und sie verdient Anerkennung. Diese Kontinuität ist insofern auch ganz natürlich, als Tadschikistan selbst beispielgebend ist, da es in seinem Kontingent für die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine mit neun Frauen von neunzehn Mitgliedern für ein fast völlig ausgeglichenes Verhältnis sorgt. Diesbezüglich haben Sie selbst, Herr Vorsitzender, die in Ihren einführenden Bemerkungen und im Konzeptpapier angesprochene Frage teilweise selbst beantwortet, wie nämlich die Implementierungslücken der Agenda betreffend Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS) geschlossen werden können.

Erlauben Sie mir nun in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des OSZE-Netzwerks MenEngage einige Anmerkungen zu diesem Thema. Wie Sie wissen, verfolgt das Netzwerk das Ziel, männliche Botschafter und Militärberater hier in Wien als Unterstützer für die Förderung der Rechte von Frauen zu gewinnen. Daher habe ich mich in meiner Rolle als Vorsitzender Anfang Mai aktiv in die OSZE-Konferenz über die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen eingebracht, die als Plattform für die Vorstellung der Ergebnisse der jüngsten OSZE-Erhebung über Wohlergehen und Sicherheit von Frauen diente. Ich selbst habe eine Sitzung moderiert, die sich mit Wissenslücken und den tieferen Ursachen von Gewalt gegen Frauen befasste. Eines ihrer Ergebnisse war, dass es noch immer stark am Verständnis für die Wichtigkeit der Chancengleichheit mangelt und dass diese gleichgültige Einstellung unter hochrangigen Beamten und Regierungsvertretern in einer Reihe von Teilnehmerstaaten besonders ausgeprägt ist. Insofern passen diese Beobachtungen genau zu dem, was Vizeadmiral Mellett aus Irland in seinem Vortrag sinngemäß als Verdrängung bezeichnete. Das gibt Anlass zur Sorge, denn wie Frau Kannisto von UN Women bereits erwähnte, hängt die Umsetzung der WPS-Agenda davon ab, dass jemand sich federführend dafür einsetzt. In Beantwortung Ihrer Frage, welche Unterstützung die OSZE zur Förderung der zukunftsweisenden Ziele der UNSCR 1325 leisten kann, würde ich deshalb sagen, dass es

nach wie vor unverändert wichtig ist, dieses Thema als Priorität auf der Agenda der Organisation zu belassen und es bei allen Aktivitäten durchgehend zu berücksichtigen, sowohl hier in Wien als auch in den Feldoperationen. Wir sollten niemals davon ausgehen, dass einmal Erreichtes nicht mehr zurückgenommen werden kann.

Erlauben Sie mir auch den Hinweis, dass die Außenwirkung nicht unterschätzt werden sollte. Nicht umsonst heißt es, ein Bild sagt mehr als tausend Worte. Die Erfahrung meines Landes Slowenien hat gezeigt, dass die Ernennung einer Frau zur Verteidigungsministerin den Weg zu dem ebnete, was im letzten Jahr möglich wurde, als Slowenien als erstes NATO-Land eine Frau zum Generalstabschef ernannte. Übrigens nahm Generalmajor Ermenc letztes Jahr, vor ihrer Beförderung zum jetzigen Rang, in diesem Raum an einem Sicherheitsdialog teil. Die Tatsache, dass Oberstleutnant Strelac als Frau ein hochrangiger Offizier im Marinekorps der Vereinigten Staaten ist, spricht ebenfalls für sich. Je öfter sie Gelegenheit bekommt, über ihre Arbeit und ihre Erfahrungen zu berichten, desto besser für uns alle. Deshalb ist es so wichtig, darauf zu achten, dass alle Mitglieder des *International Gender Champions*-Netzwerks ihre Zusage einhalten, Podiumsdiskussionen nur mehr paritätisch zu besetzen. In der Tat sollten wir alle dafür sorgen, dass es keine ausschließlich männlich besetzten Podiumsdiskussionen mehr gibt – insbesondere bei Aktivitäten, die im Rahmen der politisch-militärischen Dimension der OSZE zu den Bereichen Verteidigung und Sicherheit abgehalten werden, in denen Männer nach wie vor überproportional vertreten sind.

Abschließend, Herr Vorsitzender, möchte ich die Gelegenheit nutzen und Vizeadmiral Mellet ein paar Fragen stellen: Admiral Mellet, wie sehen Sie als Veteran der Mission der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) in Afghanistan die Herausforderung, Rechte von Frauen in einem anderen kulturellen Umfeld zu fördern? Welche Argumente sind in einer solchen Umgebung Ihrer Erfahrung nach am wirkungsvollsten, wenn man andere Männer dazu ermutigt, für diese Rechte einzutreten?

Herr Vorsitzender, hiermit möchte ich mich noch einmal für die Abhaltung dieses Sicherheitsdialogs bedanken und ersuche Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beifügen zu lassen.

Vielen Dank.

917. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 923, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

ich wünsche einen guten Morgen. Lassen Sie mich zu Beginn dem tadschikischen FSK-Vorsitz dafür danken, dass er dieses wichtige Thema für die Aussprache im heutigen Sicherheitsdialog ausgewählt hat. Sodann möchte ich unsere Gastreferenten herzlich willkommen heißen und ihnen für ihre informativen und erhellenden Vorträge aufrichtig danken, aber auch ihnen ganz allgemein für ihre anhaltenden Bemühungen um die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Ziele der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR) und der nachfolgenden Resolutionen zu Frauen und Frieden und Sicherheit (WPS) unseren Dank aussprechen.

Das Thema WPS ist nach wie vor fester Bestandteil der feministischen Agenda der Regierung Kanadas, die der Gleichstellung der Geschlechter und dem Schutz der Rechte von Frauen und Mädchen Vorrang einräumt. Nach der Vorstellung unseres zweiten Nationalen Aktionsplans für Frauen, Frieden und Sicherheit im November 2017 haben wir bereits unseren ersten Zwischenbericht zur Umsetzung des neuen Aktionsplans vorgelegt. Wie im Vorwort des Berichts erwähnt, hat die kanadische Regierung im Zusammenhang mit dem Aktionsplan die bereitgestellten Finanzmittel aufgestockt, zahlreiche neue Initiativen angestoßen, die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft verstärkt und kanadische Amtsträger im In- und Ausland dazu angehalten, Unterstützung für Frauen als aktive Protagonistinnen des Friedens zu mobilisieren.

Kanadas Ansatz zu WPS geht von der Annahme aus, dass man die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern nur an der Wurzel packen kann, wenn man die Machtverhältnisse verändert, mit denen Diskriminierung, Zwang und Gewalt im In- und Ausland einhergehen. Im November 2017 stellte unsere Regierung die nach der kanadischen Pionierin für Frauenrechte Elsie MacGill (1905 – 1980) benannte Initiative für Frauen in Friedenseinsätzen vor, deren Ziel es ist, weltweit den Frauenanteil in Friedenskräften zu erhöhen und das Arbeitsumfeld von Frauen sicherer, weniger ausgrenzend und damit letztlich auch wirkungsvoller zu machen. Als Teil dieser Bemühungen hat unser Land 18 weibliche Polizeibeamte in die Ukraine entsandt. Sie stellen 44 Prozent eines kanadischen Ausbildungskontingents, das die Ausbildung ukrainischer Polizisten in folgenden Bereichen verstärken soll: Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und deren Ermittlung, Umsetzung von Modellen für

bürgernahe Polizeiarbeit, polizeiliche Sicherheitsstandards, Verbesserung interner Rechenschafts- und Aufsichtsmechanismen. Ebenso konnten wir einige Erfolge unserer Bemühungen zur Verstärkung der Beteiligung weiblichen Personals an internationalen Friedenseinsätzen verbuchen. So besteht das Personal unseres Kontingents, das derzeit im Rahmen der von der kanadischen Regierung als *Operation PRESENCE –Mali* zur Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) entsandt wurde, zu 14 Prozent aus Frauen, die an allen Aspekten der Mission, auch auf der höheren Führungsebene im Kommandostab der Task Force, beteiligt sind.

Herr Vorsitzender,

die große Mehrheit der Berufe in den kanadischen Streitkräften wurde 1987 für Frauen zugänglich gemacht; am 8. März 2000 fiel die letzte Hürde der U-Bootfahrer, womit die kanadischen Streitkräfte eine nationale Institution sind, in der die Gleichstellung der Geschlechter auf allen Ebenen verwirklicht ist und Frauen in allen Rollen und auf allen Ebenen der Institution Dienst leisten. Nach rund zwanzigjähriger Erfahrung mit Streitkräften, in denen es keine Hindernisse für die Einstellung von Frauen gibt, können wir sagen, dass Kanada durch die Öffnung des Dienstes in allen Aspekten für die gesamte Bevölkerung nun tatsächlich auf die am besten Qualifizierten und Talentiertesten zurückgreifen kann, die für den Dienst zur Verfügung stehen. Die kanadischen Streitkräfte bieten für den gesamten Dienst eine Ausbildung in geschlechtsspezifischer Analyse (GBA+) an und sind nach wie vor bestrebt, die verstärkten Fähigkeiten zu nutzen, die es innerhalb einer diversifizierteren Kampftruppe gibt. Das ausgewogene Verhältnis hinsichtlich Perspektive und Talent, das dieses diversifizierte Arbeitskräftepotenzial einbringt, erwies sich als unschätzbare Pluspunkt und Schlüsselmultiplikator für die Steigerung der Fähigkeit und der Einsatzbereitschaft.

Herr Vorsitzender,

trotz dieser beträchtlichen Bemühungen sind Frauen in Friedenseinsätzen nach wie vor weltweit unterrepräsentiert und ihr Potenzial wird nicht vollständig ausgeschöpft. Derzeit stellen Frauen nur 4,8 Prozent des zu VN-Missionen entsandten uniformierten Personals. Selbst nach dem Aufruf zur Verdopplung des Frauenanteils in den Militär- und Polizeikontingenten bei derartigen Einsätzen bis zum Jahr 2020 sind die Fortschritte im Großen und Ganzen betrachtet kaum erwähnenswert und betragen bis dato nicht mehr als 0,2 Prozent. Die Hauptgründe dafür sind unter anderem der geringe Frauenanteil in den nationalen militärischen und Polizeikräften der beitragenden Länder, die Nicht-Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse von Frauen (selbst auf den ersten Blick einfach zu erfüllende Anforderungen wie gut passende Kampfanzüge und -ausrüstung stoßen nach wie vor auf Probleme), unzureichende Chancen für Frauen auf Zugang zu Ausbildung und Beförderung in höhere Ränge sowie die in einigen Staaten unterschwellig vorhandenen institutionalisierten Barrieren. Bei unseren Bemühungen um die Beseitigung der Barrieren, die Frauen am Zugang zum Sicherheitssektor hindern, müssen wir einräumen, dass es nach wie vor eine Herausforderung ist, Frauen für diesen Sektor zu gewinnen. Wenn es uns gelingen soll, qualifizierte und motivierte Frauen für solche Positionen zu gewinnen, müssen wir in aller Deutlichkeit auch laut sagen, dass sie einen genauso wertvollen und notwendigen Beitrag leisten wie ihre männlichen Kollegen in denselben Funktionen. Wir müssen unsere Erfolge herausstellen, damit diese nicht nur als Beispiel für die Chancen stehen, die jungen Frauen offen stehen, sondern auch als Beweis dafür, dass man all das erreichen kann. Wenn wir

wollen, dass die Besten und Gescheitesten in diesem Bereich tätig sind, dann müssen wir auf sie zugehen. Wir müssen junge Frauen davon überzeugen, dass diese Arbeit nützlich ist und ihr Beitrag wirklich etwas bewirken kann.

Herr Vorsitzender,

es ist uns bewusst, dass es nicht einfach ist, die WPS-Agenda voranzutreiben. Wir mussten erkennen, dass wir nur dann dauerhafte Ergebnisse im Einklang mit den ehrgeizigen Zielen unserer Regierung zustande bringen, wenn wir uns immer wieder und unvoreingenommen mit jenen Bereichen auseinandersetzen, in denen es Dinge zu verbessern gilt. Administrative Hürden, Schwierigkeiten bei der Messung und Zuordnung der Auswirkungen von WPS-Bemühungen und die konkreten Herausforderungen eines Einsatzes in Konflikten – all das zwingt unsere Regierung dazu, ihr Instrumentarium laufend nachzuschärfen. Trotz aller dieser Hindernisse steht Kanada uneingeschränkt zu seiner Zusage, sicherzustellen, dass wir den Weg zur Verwirklichung unserer WPS-Ziele weitergehen werden.

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich als Schlussfolgerung erneut unsere wichtigste Botschaft wiederholen: Frauen und Mädchen bei Bemühungen, bewaffnete Konflikte zu verhüten, zu beenden und ihre Nachsorge sicherzustellen, zu stärken, kommt uns allen zugute. Mit Geschlechtergleichstellung und inklusiven Friedensprozessen lassen sich stabilere Gesellschaften aufbauen; sie sind die Voraussetzung für die Schaffung einer friedlichen Welt für alle, Frauen, Männer, Mädchen und Jungen gleichermaßen. Die Rechte von Frauen und Mädchen können und sollen nicht aufs Spiel gesetzt werden und Kanada wird weiterhin Politiken und Programme zur Förderung dieser Rechte umsetzen.

Herr Vorsitzender,

ich bitte um Beifügung dieser Erklärung als Anhang zum Journal des Tages.

Danke.

917. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 923, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ITALIENS**

Danke, Herr Vorsitzender,

ich schließe mich natürlich der Erklärung der Europäischen Union an, der ich noch einige Anmerkungen aus nationaler Sicht hinzufügen möchte.

Zunächst möchte ich dem tadschikischen Vorsitz meine aufrichtige Wertschätzung dafür aussprechen, das wichtige Thema Frauen und Frieden und Sicherheit (WPS) auf die Tagesordnung des Forums für Sicherheitskooperation gesetzt zu haben, und ich möchte auch den heutigen Rednern für ihre interessanten Beiträge zu unserer Debatte danken.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch einige Initiativen aus jüngster Zeit vorstellen, die Italiens traditionelles Bekenntnis zur Förderung der Frauenrechte, der Geschlechtergleichstellung und der vollständigen Umsetzung der WPS-Agenda zum Ausdruck bringen und zeigen, was wir für die notwendige Förderung der Mitwirkung von Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und der Friedenssicherung tun.

Herr Vorsitzender,

Italien, das von Anfang an zu den eifrigsten Verfechtern der Resolution 1325 zählte, beteiligte sich aktiv an der Veranstaltung auf hoher Ebene zum Thema *Preparing for the 20th anniversary of 1325: pledge of commitments on Women, Peace and Security* am 23. April, die gemeinsam vom deutschen Vorsitz des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, dem Vereinigten Königreich und *UN Women* veranstaltet wurde. Bei diesem Treffen konnten die Staaten ihre Verpflichtungen zur Umsetzung der VN-Resolution 1325 für den Zeitraum April 2019 bis Oktober 2020 – also die Zeit der Vorbereitung des 20-jährigen Jubiläums der Resolution – bekräftigen.

Bei dieser Gelegenheit sagte Italien zu, 15 weitere konkrete Aktionen oder Ergebnisse vorzubringen, von denen ich heute einige vorstellen möchte.

Zur Finanzierung ist zu sagen, dass die für die Umsetzung des Nationalen Plans für Frauen, Frieden und Sicherheit erforderlichen Ressourcen sichergestellt sind.

Den politischen Aspekt betreffend hat Italien zugesagt,

- den vierten Nationalen Plan für Frauen, Frieden und Sicherheit unter Mitwirkung von Vertretern der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft auszuarbeiten;
- den Nationalen Strategieplan betreffend männliche Gewalt gegen Frauen 2017 – 2020 umzusetzen;
- die Mitwirkung von Frauen an Entscheidungs- und Friedensprozessen von der ersten Planung bis zur Implementierungsphase zu unterstützen und zu fördern;
- am Rande des Mittelmeerdialogs ein Frauenforum sowie zwei Seminare auf hoher Ebene zur Rolle von Frauen und Mädchen als Protagonistinnen des Friedens und zur Rolle des Staates für die verstärkte Mitwirkung von Frauen an Friedensprozessen zu veranstalten;
- die weitere, bereits in Gang befindliche Konsolidierung des Mittelmeer-Mediatorinnen-Netzwerks MWMN (*Mediterranean Women Mediators Network*), das von unserem Land im Oktober 2017 im Zuge unseres Mandats im Sicherheitsrat ins Leben gerufen wurde, zu fördern und zum Start der Weltweiten Allianz regionaler Mediatorinnen-Netzwerke beizutragen.

Schließlich die Mitteilung, dass 2019 im Vorfeld des hochrangigen politischen Forums der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung eine Konferenz abgehalten wurde. Diese gemeinsam von der Internationalen Organisation für Entwicklungsrecht (IDLO) und der Hauptabteilung der Vereinten Nationen für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (DESA) organisierte Veranstaltung fand vom 27. bis 29. Mai in Rom statt; sie sollte Gelegenheit zu einer Bestandsaufnahme der Fortschritte auf dem Weg zur Verwirklichung des Ziels 16 für nachhaltige Entwicklung, Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen, geben. Die Konferenz betonte, dass die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung mit einander verknüpft, unteilbar und universell sind.

Herr Vorsitzender,

die vollständige Umsetzung der WPS-Agenda wird auch durch Fortschritte auf regionaler Ebene verwirklicht, wobei wir davon überzeugt sind, dass die OSZE diesbezüglich eine wesentliche Rolle spielen kann.

Die Frage der Geschlechtergleichstellung ist eine unserer Prioritäten in allen internationalen Foren, auch seit wir der OSZE-Troika angehören. Das erste Treffen der Kontaktgruppe für die asiatischen Kooperationspartner, das am 5. April dieses Jahres stattfand, widmete sich insbesondere den Verpflichtungen der OSZE, ihrer Teilnehmerstaaten und ihrer Kooperationspartner in Bezug auf die Umsetzung der WPS-Agenda.

Bei einer ähnlichen Veranstaltung im Jahr 2017, als wir in der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner im Mittelmeerraum den Vorsitz innehatten, konnten wir dieses Netzwerk, das im Oktober 2017 im Rahmen des Mandats Italiens im Sicherheitsrat als nicht-ständiges Mitglied das MWMN vom italienischen Ministerium für auswärtige Angelegen-

heiten und internationale Zusammenarbeit und dem *Istituto Affari Internazionali* (IAI) sowie *Women in International Security* Italien ins Leben gerufen wurde, in der OSZE vorstellen.

Dieses Netzwerk soll die Rolle der Frauen in der Region im Hinblick auf Konfliktverhütung und Mediation fördern. Es spielt eine wichtige Rolle für die Schulung von Frauen, damit diese als professionelle Mediatorinnen zum Vermittlungsprozess beitragen können.

Vor einigen Wochen wurde in Zypern die erste lokale Stelle des MWM-Netzwerks eingerichtet; wir freuen uns, dass wir dazu beitragen durften.

Diese Zweigstelle und die regionalen Mediatorinnen-Netzwerke ermöglichen nicht nur den leichteren Austausch von Erfahrungen, die Förderung der Zusammenarbeit und der Vernetzung auf lokaler und regionaler Ebene, sondern vereinigen auch die notwendigen Voraussetzungen, angefangen vom politischen Willen, für die Sicherstellung der verstärkten Mitwirkung von Frauen an Friedensprozessen und trugen so zur Verwirklichung eines der Aspekte der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen bei.

Ein Seminar zum Konfliktzyklus, das wir gemeinsam mit dem Konfliktverhütungszentrum veranstalteten, befasste sich 2018 vertiefend mit der Rolle von Frauen in Mediationsprozessen. Mit einer Sitzung, die ganz der Stärkung der Konfliktlösung durch Mediation gewidmet war, unterstrichen wir, wie wichtig die bedeutsame Mitwirkung von Frauen an Friedensprozessen als wesentliche Voraussetzung nicht nur für Gerechtigkeit und Gleichstellung ist, sondern auch um den jeweiligen Lösungen größere Bestandfähigkeit und Dauer zu verleihen.

Wir sind davon überzeugt, dass der Genderansatz ein entscheidender Bestandteil der Konfliktlösung ist. Frauen erleben Konflikte anders als Männer und können andere Erfahrungen und Sichtweisen und damit einen breiteren und umfassenderen Blickwinkel in die Konfliktlösung einbringen. Sie sollten daher verstärkt in alle Phasen des Friedensprozesses eingebunden werden.

In Fortsetzung der Bemühungen Österreichs als unser Vorgänger im Vorsitz haben wir im Vorjahr auch eine Konferenz zur Beteiligung von Frauen im Sicherheitssektor veranstaltet, die uns der Verabschiedung eines wichtigen Beschlusses zu diesem Thema auf dem Ministerratstreffen in Wien sehr nahe brachte.

Leider konnte damals kein Konsens erzielt werden, was den Bemühungen zur Förderung dieses Themas keinen Abbruch tat. Der Erfolg des heutigen Sicherheitsdialogs bestätigt uns, dass wir auf einem guten Weg sind.

Im Dezember vergangenen Jahres konnten wir in Mailand unter unserem Vorsitz einen wichtigen Beschluss des Ministerrats über die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen verabschieden, in dem unter anderem die Rolle, die die Streitkräfte, die Strafverfolgungsbehörden und die Justiz bei der Befassung mit allen Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen spielen, anerkannt wird. Wir verpflichteten uns ferner, alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen durch eine entsprechende Ausbildung der militärischen und Sicherheitskräfte zu verhüten und zu bekämpfen.

In diesem Jahr werden vom slowakischen Vorsitz zahlreiche Initiativen gefördert und ich hoffe, dass alle diese Bemühungen zusammen mit einer aktiven Beteiligung an den einschlägigen Sicherheitsdialogen bald praktische Ergebnisse zeitigen werden und es uns ermöglichen, das 20-jährige Jubiläum der Resolution 1325 in dem Bewusstsein zu begehen, dass wir – selbst wenn noch viel zu tun bleibt – bereits viel getan haben und auch weiterhin tun werden, um auch in der politisch-militärischen Dimension die vollständige Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen.

917. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 923, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ISLANDS**

Herr Vorsitzender,

rund 20 Jahre sind vergangen, seit der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erstmals die besondere Lage und Rolle von Frauen in bewaffneten Konflikten durch die Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit anerkannte.

Wenn Organisationen und Staaten sich mit Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge befassen, sind diese bahnbrechende Resolution und die Folge-resolutionen wichtig. Die OSZE stellt diesbezüglich keine Ausnahme dar. Die wirksame Umsetzung der Resolution 1325 würde die umfassende Sicherheitsrolle der OSZE stärken. Die Bestimmungen der Resolutionen sollten in den OSZE-Strukturen und -Feldmissionen fest verankert sein. Wir unterstützen einen OSZE-weiten Aktionsplan zu Frauen, Frieden und Sicherheit.

Das Instrument der nationalen Aktionspläne (NAP) für die Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen bedeutet eine nicht unwesentliche Verantwortung für die Teilnehmerstaaten.

Bisher haben nur 79 – also 40 Prozent – aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen nationale Aktionspläne (NAP) verabschiedet. Darunter sind auch 32 OSZE-Teilnehmerstaaten, das sind 56 Prozent der hier an diesem Tisch versammelten Staaten.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit jene Teilnehmerstaaten, die noch ihren ersten NAP verabschieden müssen, dazu ermutigen, das ehestmöglich zu tun.

Im November 2018 hat Island seinen dritten NAP zu Frauen, Frieden und Sicherheit verabschiedet. In die Ausarbeitung dieses NAP der dritten Generation waren akademische Kreise, Ministerien, die Zivilgesellschaft und maßgebliche Akteure eingebunden. Im neuen NAP wird größeres Gewicht auf eine weiter gehende Abstimmung zwischen den Hauptakteuren für die Umsetzung des Plans im Inland und deren Heranbildung gelegt. Das beinhaltet auch Aktivitäten betreffend Frauen in gefährdeten Positionen, Menschenhandel, weibliche Flüchtlinge und Asylsuchende sowie Aktivitäten im Zusammenhang mit sexueller und genderspezifischer Gewalt.

Island ist nach wie vor ein verlässlicher Unterstützer der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und der Werte, für die sie steht. Dauerhafter Frieden kann nur verwirklicht werden, wenn alle von einem Konflikt Betroffenen ungeachtet ihres Geschlechts aktiv eingebunden und wirksam beteiligt sein können. Frauen müssen ihren Platz am Tisch haben und ihre Stimme muss gehört werden.

Herr Vorsitzender,

wir sollten das bevorstehende 20-jährige Jubiläum der Resolution für eine Bestandsaufnahme nutzen, was erreicht wurde und wo wir mehr tun könnten, um die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen als Querschnittsaufgabe in alle Tätigkeitsbereiche der OSZE einfließen zu lassen.

917. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 923, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

auch wir schließen uns gerne dem Dank an den tadschikischen Vorsitz des Forums an, der den heutigen Sicherheitsdialog vorbereitet und organisiert hat. Wir sind auch dankbar für das Dokument mit dem Konzept für diese Sitzung, und stellen seinen praktischen Nutzen bei der Vorbereitung darauf fest. Besonders möchten wir uns auch bei den geschätzten Hauptreferenten für ihre interessanten und informativen Vorträge bedanken.

Die bald 20-jährige Geschichte der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen hat in der Praxis die Bedeutung dieses Dokuments für die Stärkung der Rolle der Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und dem Wiederaufbau nach Konflikten bestätigt.

Aus dem Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen über die weltweite Umsetzung der Resolution 1325 im Jahr 2018 geht hervor, dass trotz einer Reihe anhaltender Herausforderungen Fortschritte zu verzeichnen sind. Insbesondere nahm im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte die Zahl der Friedensvereinbarungen, die konkrete Bestimmungen betreffend Frauen enthalten, zu. Wir finden immer mehr Frauen in den Parlamenten und Regierungen von Staaten, die sich mit den Folgen bewaffneter Gewalt auseinandersetzen, und ihre Beteiligung an Entscheidungsprozessen betreffend die Verhütung und Beilegung von Konflikten nimmt insgesamt zu. Das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, das gemeinsam mit den Resolutionen zu Frauen und Frieden und Sicherheit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen die notwendigen rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit schafft, ist das grundlegende Dokument für die aktivere Einbindung von Frauen in den Entscheidungsprozess. Diesbezüglich halten wir auch die Bemühungen der OSZE zur Förderung der Agenda 1325 auf regionaler Ebene für positiv.

Herr Vorsitzender,

ich möchte nun kurz auf die Beteiligung von Frauen an Friedenssicherungseinsätzen eingehen, eine der Prioritäten der weltweiten Bemühungen zur Umsetzung der Resolution. Seit über 45 Jahren entsenden wir Friedenssicherungskräfte zu Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen. Derzeit beträgt der russische Frauenanteil an diesen Einsätzen rund

17 Prozent. Unsere weiblichen Friedenskräfte sind bei Missionen der Vereinten Nationen im Kongo, im Kosovo, im Südsudan, in Westsahara und Zypern tätig. Es ist erfreulich, dass sie beste Bewertungen für ihre Dienste in den diversen Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen erhalten. Fest steht, dass die Beteiligung russischer Frauen an OSZE-Missionen noch deutlich ausbaufähig ist.

Natürlich sind auch wir der Meinung, dass für die Teilnahme von Frauen an Friedenssicherungseinsätzen Chancengleichheit sicherzustellen ist und strukturelle Hindernisse beseitigt werden müssen, doch sollte die Erhöhung des Frauenanteils in Feldeinsätzen nicht Selbstzweck sein. Der Prozess der Einbindung von Frauen in die Friedenssicherung oder andere sicherheitspolitische Aktivitäten sollte sorgfältig auf die tatsächlichen Bedürfnisse abstellen. Wir sind der Ansicht, dass hier professionelle Fähigkeiten Vorrang vor rein quantitativen Erwägungen haben sollten.

Herr Vorsitzender,

das Konzept der heutigen Sitzung wirft eine wichtige Frage auf, nämlich wie man die Beteiligung von Frauen auf der Führungsebene erhöht. Unserer Ansicht nach kann die Befassung mit unseren gemeinsamen Aufgaben betreffend Frauen, Frieden und Sicherheit kein Ersatz dafür sein, dass die einzelnen Staaten selbst dafür sorgen müssen, dass Frauen gleichgestellt sind und gestärkt werden. Diesbezüglich vertreten wir den Standpunkt, dass freiwillige nationale Aktionspläne für die Umsetzung der Resolution 1325 für die Bewertung nationaler Frauenförderungspolitiken nur als zusätzliches keinesfalls jedoch als wichtigstes Kriterium oder Instrument herangezogen werden können.

In unserem Land werden die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Frauen ihr berufliches Potenzial voll ausschöpfen können. Ein Blick in die Geschichte zeigt uns, dass manche Beschlüsse zur Sicherstellung von Chancengleichheit sogar schon Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts gefasst wurden. Als Folge davon konnten die Politik und Regierungsstellen auf eine große Zahl gescheiter, hoch qualifizierter Frauen zurückgreifen. Und was den diplomatischen Dienst anbelangt, können wir Alexandra Kollontai als Beispiel anführen; sie war 1917 die erste weibliche Gesandte weltweit und später auch die erste weibliche Botschafterin.

Heute sind die russischen Frauen aktive Teilnehmerinnen am politischen Leben. Frauen stellen über 70 Prozent der Beamtenschaft und haben hochrangige verantwortungsvolle Führungspositionen inne, wie etwa als Vorsitzende des Föderationsrates, Stellvertretende Ministerpräsidentinnen, Vorsitzende der Staatsduma, Gesundheits- oder Erziehungsministerien oder in zahlreichen leitenden Regierungsfunktionen auf regionaler Ebene.

Herr Vorsitzender,

im aktuellen Umfeld gewinnt die Frage der aktiven Beteiligung von Frauen an der Auseinandersetzung mit kritischen Sicherheitsfragen auf allen Ebenen ganz ohne Zweifel zunehmend an Bedeutung. Unsere heutige lebhafteste Diskussion im Forum macht deutlich, wie weit die Schaffung von Chancengleichheit auf diesem Gebiet bereits vorangekommen ist.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche um Beifügung dieser Erklärung als Anhang zum Journal des Tages.

917. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 923, Punkt 3 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER VORSITZENDEN
DES INFORMELLEN FREUNDKREISES ZU KLEINWAFFEN UND
LEICHTEN WAFFEN UND LAGERBESTÄNDEN
KONVENTIONELLER MUNITION (LETTLAND)**

Verehrter Vorsitzender,
verehrte Delegierte,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich über die Gelegenheit, dem Forum für Sicherheitskooperation (FSK) über das dritte Treffen des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) vom 28. Mai 2019 zu berichten, bei dem 32 Vertreter aus 26 Teilnehmerstaaten und dem Konfliktverhütungszentrum anwesend waren.

Es wurde ein als Denkanstoß gedachtes Arbeitsdokument mit dem Titel *Updating, expanding and adapting the OSCE Best Practice Guides on Small Arms and Light Weapons and Stockpiles of Conventional Ammunition – the way ahead* präsentiert und erörtert.

Die Teilnehmer tauschten sich darüber aus, wie mit der Überprüfung und Aktualisierung der Praxisleitfäden (BPG) weiter verfahren werden soll, insbesondere im Hinblick auf die Durchführung und Koordinierung dieser Aufgabe, die schrittweise erfolgen soll, wobei besonders auf Vollständigkeit zu achten ist. Zur Frage der Reihenfolge, in der die Praxisleitfäden überprüft und aktualisiert werden sollen, wurde vorgeschlagen, den Teilnehmerstaaten Fragen als eine Art Leitfaden vorzugeben, um sie bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Der informelle Freundeskreis wird also einen kurzen Fragebogen ausarbeiten, den alle Teilnehmerstaaten für ihre Rückmeldung und ihre Empfehlungen zu den Praxisleitfäden verwenden können. Die Antworten auf diese Fragen werden in den Aktualisierungsprozess einfließen.

Mehrere Teilnehmer bekundeten ihr Interesse daran, bei der Aktualisierung bestimmter BPG die Federführung zu übernehmen und Vertreter anderer Staaten dazu zu animieren, sie bei dieser Arbeit zu unterstützen.

Ferner wurde auch ein vom KVZ erstelltes Informationsblatt vorgestellt, das einen Überblick über die bestehenden Praxisleitfäden zu SALW und konventioneller Munition gibt. Man war sich darin einig, dass dieses Dokument sehr zweckmäßig sei und einem breiteren Interessentenkreis zugänglich gemacht werden sollte. Zur besseren Verbreitung wird das Informationsblatt demnächst auf die Seite der Delegierten (*OSCE Delegates Dashboard*, DelWeb) hochgeladen.

Das KVZ unterrichtete kurz über einen Workshop zum Praxisleitfaden für die Deaktivierung von SALW, der am 16. und 17. April in Minsk abgehalten wurde. Dieser Workshop wurde als gutes Beispiel für die Förderung der Verwendung von Praxisleitfäden beschrieben.

Herr Vorsitzender, ich möchte der KVZ-Abteilung für FSK-Unterstützung für ihre Unterstützung bei der Vorbereitung dieser Sitzung des informellen Freundeskreises zu SALW und SCA danken; sie hat uns jede erforderliche Hilfestellung zukommen lassen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.